

Statement der Landes-AG60plus zur öffentlichen Daseinsvorsorge - ENTWURF

Schwierige Zeiten sind durch die Klimakrise, die Coronapandemie und den Krieg in der Ukraine eingetreten. In vielen europäischen Ländern wird ein Sparkurs eingeleitet, der notwendig ist, aber keinen weiteren Sozialabbau bedeuten darf.

In den letzten Jahren ist auch das Gesundheitssystem und die Pflegeversicherung in die Kritik geraten. Krankenhäuser bangen um die Finanzierung, verlieren immer mehr Personal und die Arbeitsbedingungen sind schlecht. Wir müssen feststellen, dass bei der Behandlung von Patienten vordergründig wirtschaftliche Gesichtspunkte eine Rolle spielen. Aus diesem Grund sind wir der Meinung, dass dringender Handlungsbedarf besteht.

Die Grundversorgung der Menschen sind lebenswichtig, dürfen nicht zum Spielball von Gewinnmaximierung werden und gehören deshalb in staatliches Eigentum. Das war auch die mehrheitliche Meinung aller anwesenden Mitglieder unseres mitgliederoffenen Treffens der AG60plus am 3.11.2022 in Magdeburg.

Wir unterstützen die im SPD-Debattenkonvent vom 5./6.11.2022 formulierten Anträge:

Der Debattenkonvent möge beschließen (**Antrag G003**): Sämtliche Träger der öffentlichen Hand und Unternehmen unter Einfluss der öffentlich-rechtlichen Körperschaften werden aufgefordert, keine weiteren Privatisierungen im Bereich des Gesundheitswesens und der Pflege sowie in der Daseinsvorsorge (insbesondere Versorgung mit Energie, Kommunikation, Wasser, Verkehr, Entsorgung und Wohnraum) mehr vorzunehmen oder zuzulassen. Da, wo es möglich ist, bereits vorgenommene Privatisierungen rückgängig zu machen und Anteile an den Unternehmen in den genannten Bereichen zurückzukaufen. Alle neuen Infrastrukturprojekte in öffentlicher Hand zu übernehmen oder durch Unternehmen in mehrheitlich in öffentlicher Hand übernehmen zu lassen.

Der Debattenkonvent möge beschließen (**Antrag G005**): Die Erreichbarkeit eines Krankenhauses innerhalb von 30 Minuten muss gesetzlich festgeschrieben werden. Die Distanz zur nächsten Notaufnahme darf höchstens 50 Kilometer betragen. In sehr strukturschwachen Regionen muss unter Zuhilfenahme von Rettungshubschraubern Abhilfe geschaffen werden. Jedes Krankenhaus muss „Kerndisziplinen“ abdecken (Innere, Unfall-/Chirurgie, Intensivmedizin, Geburtsstationen und Stroke Unit).

Beschluss im Debattenkonvent für beide Anträge: Überweisung an den SPD-Transformationsprogramm-Prozess /Zeitenwende-Prozess

Begründung: zu kompliziertes System der Finanzierung; es muss vorher noch mit den Ländern beraten werden

Der Bund plant eine Gesundheitsreform. Geplant sind kürzere Verweilzeiten der Patienten in den Krankenhäusern. Die Kinderkrankenhäuser sollen aus den **Fallpauschalen** herausgenommen werden. Weiterhin sollte eine bessere Versorgung in der Geburtshilfe sichergestellt werden. Die neuen Pläne stoßen nicht überall auf Zustimmung. Wir fordern, es dürfen zu keinen Verschlechterungen bei den Patienten kommen. Das allein wird aber nicht reichen. Die Arbeitsbedingungen des Krankenhaus- und Pflegepersonals, die stark unter Zeitmangel und psychischen Druck stehen, müssen verbessert werden.

Stand: 6.11.2022, Christine Walther